



## Newsletter November



News aus dem Bundestag und meinem Wahlkreis  
Kassel

Der Unterausschuss Internationale Ordnung, Vereinte Nationen und internationale Organisationen hat sich im Deutschen Bundestag konstituiert. Ich freue mich wahnsinnig, dass ich zum Vorsitzenden des Unterausschusses gewählt wurde und somit meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in diesem Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses vertreten darf. Wie wir gerade auf vielen Orten auf der Welt sehen, steht die regelbasierte Ordnung massiv unter Druck. Gleichzeitig feiern wir in diesem Jahr das 80-jährige Bestehen der Vereinten Nationen. Mit dem Unterausschussvorsitz möchte einen Beitrag dazu leisten, die multilaterale Fahne auf der Welt hochzuhalten und sehe dies als eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Zuletzt hat sich die Lage im Sudan dramatisch verschlechtert: Zwei Millionen Menschen kämpfen ums Überleben ohne Zugang zu Wasser, Nahrung und ohne jede Sicherheit. Nach der Einnahme der Stadt Al-Fashir durch die RSF-Miliz berichten humanitäre Organisationen von über 1.500 getöteten Zivilist\*innen. Der Bundestag hat sich zu einer Aktuellen Stunde zu Lage im Sudan getroffen, meine Rede dazu findet ihr weiter unten.

Eine eindrucksvolle Reise nach Bangladesch und Thailand hat mich Ende Oktober u.a. in das größte Flüchtlingscamp der Welt in Cox's Bazar in Bangladesch gebracht, wo etwa 1,2 Millionen Menschen auf 26 Quadratkilometer leben. Weitere Themen waren ein Austausch mit der Textilbranche vor Ort zu Lieferketten und Arbeitsbedingungen, sowie die Folgen des Bergbaus in den verschmutzten Flüssen in Bangladesch und Thailand.

Einen ausführlichen Reisebericht findet ihr auch weiter unten.

Viel Spaß mit dem Newsletter,  
Euer Boris



Online Austausch zum  
Gesellschaftsjahr



Parlamentarischer Abend mit  
Aktion gegen den Hunger zu  
Voices for Sudan:  
Deutschlands Verantwortung  
in der humanitären Krise



Austausch mit  
Vertreter\*innen des World  
Food Programs

## Aktuelles aus dem Bundestag

### Bafög verbessern und in Hochschulen investieren

Gute Bildung und die Innovationskraft exzellenter Wissenschaftler\*innen sind eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Dass die Bildungschancen in Deutschland aber so stark von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängen, ist nicht nur unfair sondern auch wirtschaftlich schädlich. Dadurch entgehen uns jedes Jahr Hunderttausende Talente und Fachkräfte – egal ob Ingenieur\*innen, Ärzt\*innen oder vielleicht die Nobelpreisträger\*in von morgen. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, die Bildungsgerechtigkeit zu

stärken. Dafür muss das BAföG verbessert und die Unterstützung angehoben werden, um mit gestiegenen Wohn- und Ausbildungskosten mitzuhalten. Wir fordern eine deutliche Anhebung der Grundbedarfssätze und der Wohnungsförderung auf das lokale Mietniveau, die Öffnung für eine breitere Zielgruppen und für Familien sowie eine Entbürokratisierung. Damit einhergehen muss eine „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“, um den rund 100 Milliarden Euro schweren Sanierungsstau bei Bildungsstätten aufzulösen und jetzt massiv in die Modernisierung von Hochschulgebäuden, Wohnheimen, Mensen und Bibliotheken zu investieren. [Weiter lesen...](#)

### **Innovativer Wirtschaftsstandort und planungssichere Wärmewende**

Unser Wirtschaftsstandort hat in den letzten Jahren große Schritte nach vorne gemacht. Aber die Bundesregierung nimmt den Unternehmen den Wind aus den Segeln. Schlimmer noch: Sie droht die großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit zu verschleppen. Wir zeigen mit einem großen Antrag, was jetzt zu tun ist – für einen starken Innovationsstandort, vorausschauende Industriepolitik und eine resiliente Wirtschaft. Um Innovation und Zukunft geht es auch im zweiten Antrag zur Wärmewende. Katherina Reiche verunsichert die Verbraucher\*innen wie auch Handwerk und Wirtschaft. Wir fordern die Bundesregierung auf, daran festzuhalten, dass neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Die europäischen Vorgaben zur Sanierung muss die Regierung ambitioniert umsetzen, anstatt die Menschen in eine Heizkostenfalle zu treiben. [Weiter lesen...](#)

### **Medizinische Notfallversorgung in Deutschland muss reformiert werden**

Effiziente Strukturen für schnelle Hilfe im Notfall. Ob Rettungsdienst, 116117 oder Notaufnahme – wer Hilfe sucht, landet heute oft im falschen System. Das führt zu überfüllten Notaufnahmen, langen Wartezeiten und unnötigen Rettungsdiensteinsätzen und Krankenhausaufenthalten. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Notfallversorgung gezielt neu ordnen und effizienter gestalten. Gemeinsame Notfallleitsysteme vernetzen Rettungsdienst und ärztlichen Bereitschaftsdienst besser und steuern Patient\*innen gezielt in die passende Versorgung. Durch integrierte Notfallzentren, klare Zuständigkeiten und digitale Vernetzung werden Ressourcen effizienter genutzt, Doppelstrukturen abgebaut und Kosten in Milliardenhöhe eingespart. Wir wollen ein effizientes, modernes und vernetztes Notfallsystem, das schnelle und passgenaue Hilfe sichert. [Weiter lesen...](#)

---

## **Meine Arbeit im Bundestag**





### **Cox's Bazar, Symbol einer vergessenen Katastrophe – Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau**

Im Lager Cox's Bazar in Bangladesch leben 1,2 Millionen Rohingya unter prekärsten Bedingungen – die Budgetkürzungen verschärfen die Krise. Ein Gastbeitrag von Boris Mijatovic.

"Die Volksgruppe der Rohingya gilt als die am stärksten verfolgte Minderheit auf der Welt. Seit 2017 werden sie aus ihren Dörfern vertrieben, Frauen vergewaltigt, Familien ermordet, ganze Landstriche niedergebrannt. Vor dem Internationalen Gerichtshof läuft auf Initiative Gambias ein Verfahren gegen Myanmar wegen des Verdachts auf Völkermord. Das höchste Gericht der Vereinten Nationen muss entscheiden, ob das Militärregime die Auslöschung dieser Volksgruppe beabsichtigt. Deutschland hat sich dieser Klage Gambias 2022 angeschlossen...."

**Weiter lesen... Den Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau findet ihr hier...**



### **Mein Reisebericht zu Bangladesch und Thailand**

Im Zentrum meiner Reise nach Bangladesch und Thailand standen die humanitären Herausforderungen durch die globale Krise, die Auswirkungen auf die Rohingya-Flüchtlinge in Cox's Bazar sowie die ökologischen Folgen von Bergbau und industrieller Verschmutzung in Nordthailand. Die drastischen Budgetkürzungen in der humanitären Hilfe, etwa eine Reduktion der Mittel Deutschlands von 2,3 auf 1,05 Milliarden Euro im Jahr 2025, treffen die Hilfsorganisationen massiv. Das UNHCR musste allein 120 Stellen abbauen, während die Mittelplanung nur bis März 2026 reicht. Die Reduktion der Lebensmittelhilfe auf 8 US-Dollar pro Kopf im Monat hat insbesondere für vulnerable Gruppen gravierende Folgen. In Cox's Bazar leben heute etwa 1,2 Millionen Rohingya auf nur 26 km², die auf

humanitäre Hilfe angewiesen sind. UNICEF betreibt... [Meinen Reisebericht könnt ihr hier weiterlesen...](#)



### **Aktuelle Stunde zur Lage im Sudan**

Was seit zweieinhalb Jahren im Sudan passiert, ist eine humanitäre Katastrophe von unfassbarem Ausmaß. Und es ist ein Blutbad mit Ankündigung. Wir machen uns mitschuldig, wenn wir wegschauen. Vor den aktuellen Gräueltaten im Sudan und der bewussten Zerstörung von Beweisen durch Leichenverbrennung habe ich bei meiner Rede zur aktuellen Stunde zur Lage im Sudan gewarnt. Ich verurteile die gezielte Anwendung sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe und wende mich erneut mit einem dringlichen Appell an den Bundestag und die internationale Gemeinschaft: Die humanitäre Hilfe muss dringend stabilisiert und die internationale Strafgerichtsbarkeit gestärkt werden, um die Täter und ihre Unterstützer zur Rechenschaft zu ziehen.

[Meine Rede könnt ihr hier sehen.](#)



### **taz-Artikel: Grünen-Politiker kritisiert Bundesregierung scharf**

Boris Mijatović kritisiert, dass die Regierung zu wenig gegen die Not im Sudan unternehme. Er schlägt unter anderem ein besseres Waffenembargo vor. Der Grünen-Abgeordnete Boris Mijatović wirft der Bundesregierung vor, zu wenig gegen den Krieg und die humanitäre Krise im Sudan zu unternehmen.

„Die Berichte über massiv eingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe im Sudan, über Hunger, Gewalt- und Unterernährungsrisiken sind längst bekannt... [Den Artikel in der taz könnt ihr hier nachlesen.](#)



### **Interview in der taz: "Millionen verlieren den Zugang zu humanitärer Hilfe"**

Der Grüne Abgeordnete Boris Mijatović fordert mehr Geld für humanitäre Hilfe. Weniger bedeute, Menschen sterben zu lassen.

**taz: Herr Mijatović, Sie haben gerade das Flüchtlingslager Kutupalong nahe der Küstenstadt Cox's Bazar in Bangladesch besucht. Warum gerade dieses?**

**Boris Mijatović:** Weil es das Größte der Welt ist und niemand mehr hinschaut. 1,2 Millionen Rohingya, eine ethnische Minderheit, die vor Verfolgung und Gewalt aus Myanmar geflohen sind, leben dort auf engstem Raum. Offiziell dürfen sie das Lager nicht verlassen, nicht arbeiten, nicht studieren. Sie leben in Bambushütten, die für einen temporären

Aufenthalt gebaut wurden, sind zum Teil aber schon acht Jahre dort... [Das ganze Interview in der taz findet ihr hier...](#)



### **Meine Rede zu 80 Jahren Vereinte Nationen**

Der Bedarf an gemeinsamem Handeln ist angesichts von Kriegen, Flüchtlingskrisen und weltweitem Hunger größer denn je. Anlässlich des 80. Jahrestags der Vereinten Nationen ziehe ich eine ernüchternde Bilanz und fordere eine Abkehr von paternalistischen Ansätzen. Im Fokus stehen die sofortige Reform des Sicherheitsrates, die echte Einbindung des Globalen Südens und mein dringender Appell, dass Deutschland die humanitäre Hilfe finanziell stabilisieren muss. 80 Jahre sind nicht genug! [Meine Rede könnt ihr hier sehen.](#)



### **table media Statement zu Sudan: Güler setzt auf USA – SPD und Grüne fordern konkrete Maßnahmen gegen VAE-Waffenlieferungen**

"Die Bundesregierung sollte die VAE auffordern, Flugaufzeichnungen, Frachtlisten und Endverbleibserklärungen im Zusammenhang mit Lieferungen in den Tschad und in den Sudan offenzulegen. Zudem sollte sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass für Exporte in die VAE und Reexporte von den VAE, die europäische Rüstungskomponenten beinhalten, eine verpflichtende Offenlegung eingeführt wird, um bestehende Schlupflöcher im Waffenembargo gegen den Sudan zu schließen", so Mijatovic.



### **Beratung des AfD-Antrags "Transparenz über deutsche Zahlungen an internationale Organisationen und NGO's"**

Wenn die AfD im Bundestag das "seriöse Medium 'Nius'" als Quelle für einen Antrag zur Transparenz im Auswärtigen Amt nutzt, ist der Inhalt klar: Es geht nicht um Fakten



oder Transparenz, sondern um Chaos und maximale Verunsicherung, um zivilgesellschaftliche Organisationen an den Pranger zu stellen. Mein Appell: Die Koalition muss endlich die Bürokratie bei der Mittelvergabe an NGOs abbauen, damit die Hilfgelder effizienter ankommen. **Meine Rede könnt ihr hier anschauen.**



Treffen mit dem  
Arbeitsminister der  
Übergangsregierung Hussain  
in Dhaka



Wasseraufbereitungsanlage  
von Unicef in Cox's Bazar



Austausch mit Textil-NGOs,  
darunter ETI in Korail-Slum

## Meine Abstimmungen im Bundestag

# Themen außerhalb des Bundestags

## HNA zur Diskussion um das neue Wehrdienstgesetz

Im Bundestag wird über das neue Wehrdienstgesetz diskutiert. Die HNA hat mich dazu befragt. "Grundsätzlich ist es schade, dass Deutschland in die Situation gekommen ist, wieder einen Wehrdienst zu benötigen. Das Problem ist uns von außen aufgeladen worden." Mijatovic ist für das schwedische Modell: „Alle sollen mit 18 einen Brief bekommen und sich dann entscheiden, ob sie Dienst an der Waffe, eine soziale oder ökologische Aufgabe für ein Jahr übernehmen. Ich glaube, dass sich ausreichend junge Menschen für die Bundeswehr entscheiden würden und wir dadurch eine funktionierende Armee bekommen würden.“ Von einem Losverfahren hält Mijatovic nichts. „Das Losverfahren legt einen Zwang nahe, der vermutlich keine große Motivation bei den Betroffenen nach sich zieht.“ **Weiter lesen...**







Sanierungsprojekte vorlegen, die durch das Infrastruktursondervermögen realisiert werden sollen. Irritierend ist, dass die SPD nun ebenso auf den Zug der Empörung aufspringt und so tut, als sei sie nicht Teil dieser Regierung. Statt die Investitionen im regulären Kernhaushalt für teure Wahlkampfgeschenke zu opfern, sollte der SPD-Finanzminister seinen Einfluss geltend machen, um sicherzustellen, dass das Sondervermögen zusätzlich und zielgerichtet in Sanierungen fließt. **Weiter lesen...**



Austausch mit dem  
Senior\*innenbeirat des  
Landkreises Kassel



Besichtigung  
Bungalowprojekt  
Barrierefreies Wohnen im  
Landkreis Kassel



Weltmädchentag in Berlin

## Besondere Termine im November

- 10. –14.11.2025 Sitzungswoche in Berlin
- 17.11.2025 Online Austausch zum Gesellschaftsjahr
- 18. –19.11.2025 Austausch in Serbien mit Anton Hofreiter
- 24. –28.11.2025 Sitzungswoche in Berlin
- 28. –30.11.2025 Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover

**Meine Website besuchen**



### **Boris Mijatovic MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[boris.mijatovic@bundestag.de](mailto:boris.mijatovic@bundestag.de)

### **Wahlkreisbüro Kassel**

Sickingenstraße 7-9  
34117 Kassel  
[boris.mijatovic.wk@bundestag.de](mailto:boris.mijatovic.wk@bundestag.de)

### **Bürger\*innenbüro Fulda**

Rabanusstraße 35  
36037 Fulda  
[boris.mijatovic.ma07@bundestag.de](mailto:boris.mijatovic.ma07@bundestag.de)

[Newsletter abbestellen](#)

